

der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg



6. Jahrgang / Ausgabe 38 - Nr. 4 / 2017

www.die-linke-nwm.de

Parteiorgane sind politisches Führungsorgan der Partei Kreisparteitag setzt sich kritisch mit Ergebnissen der Bundestagswahl auseinander



Von Uwe Boldt

Die kritische Auswertung der Bundestagswahl 2017 stand im Mittelpunkt des am 14. Oktober durchgeführten Kreisparteitages in der Malzfabrik Grevesmühlen. Kern der Rede des Kreisvorsitzenden sowie in der daran anschließenden Aussprache, war die Frage, warum unsere Wahlkampfthemen so schwache Wirkung bei den Wählern hatten. Soziale Fragen, die das Leben der Menschen nachhaltig beeinflussen, waren in den Mittelpunkt unseres Wahlprogramms gestellt. Sie verfehlten jedoch ihre Wirkung, gerade bei den vom desolaten deutschen Sozialsystem, der prekären Beschäftigung, dem

Niedriglohn sowie der Zeit- und Leiharbeit Betroffenen. Offensichtlich bewegte andere Themen und vielleicht auch grundsätzlichere Fragestellungen in unserer Gesellschaft die Mehrheit der Wähler. Auch wenn, wie Horst Krumpen richtig feststellte, an unseren Infoständen die Flüchtlings- und Migrationsfrage kaum eine Rolle spielte, wurde in den Analysen nach der Wahl dieses Thema von den Wahlforschungsinstituten als Entscheidungsschwerpunkt für viele Wähler herausgearbeitet. Horst stellte fest, dass es unserer Partei offensichtlich nicht gelungen ist, aus der Oppositionsführerschaft im Bundestag, einen deutli-

chen Zugewinn an Wählerstimmen zu erzielen.

In der Aussprache wurde neben der vielen guten Aktivitäten der Basisorganisationen auch auf offensichtlich vorhandene grundlegende Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Partei und der entsprechenden Parteiorgane hingewiesen. Diese wurden nach der Wahl dann auch in der öffentlichen Auseinandersetzung des Bundesparteiorgans mit dem Fraktionsvorstand des Bundestages mehr als deutlich.

Angelika Gramkow, die als Vertreterin des kommunalpolitischen Forums Schlussfolgerungen für

die Kommunalwahl 2019 ableitete, stellte deutlich heraus, dass entsprechend der gültigen Bundessatzung, in den Parteiorganen, abgestimmt von Bund über Länder und Kreise eine klare strategische Orientierung gegeben werden muss, damit die wirklich wichtigen, in allen Kommunen anstehenden Fragen auch im Wahlkampf deutlich sichtbar werden. Es kann nicht den Basisorganisationen überlassen sein, die Schwerpunkte der politischen Arbeit zu setzen.

In den noch verbleibenden Monaten vor der Kommunalwahl ist es jetzt für den Landesvorstand wichtig, die Schwerpunktfragen in direktem Kontakt zu den Kreisorganisationen, Mandatsträgern, Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen in den Regionen des Landes durch Gespräche und Befragungen zu erfassen. Daraus ist dann der Katalog der Themenschwerpunkte des Kommunalwahlkampfes, als Grundlage der Wahlprogramme zu erarbeiten.

Hier sind bereits einige Schwerpunkte sichtbar, wie die Veränderungen in der finanziellen Ausstat-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wenke Brüdgam und Torsten Koplin zu neuen Landesvorsitzenden gewählt

Wenke Brüdgam und Torsten Koplin wurden auf dem Landesparteitag in Neubrandenburg mit 75% bzw. 76,6% zu den neuen Landesvorsitzenden der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

Horst Krumpen, der ebenfalls kandidierte, erreichte 20,6% der abgegebenen Stimmen.

Die scheidende Vorsitzende, Heidrun Bluhm, und Landesgeschäftsführer, Kevin Kulke gratulierten als Erste.

Wir wünschen Wenke und Torsten ein glückliches Händchen bei der Führung unserer Partei.



Der auf dem Landesparteitag am 18./19. November 2017 in Neubrandenburg gewählte Landesvorstand (v.l.): Waltraud Bauer, Jacqueline Bernhardt, Torsten Koplin, Carmen Ziegler, Margit Glasow, Daniel Seiffert, Thomas Möller, Wenke Brüdgam, Marcel Eggert, Gabi Göwe, Dirk Bruhn, Björn Griese, Eva-Maria Kröger, Daniel Trepsdorf, Gudrun Pach, Nico Burmeister, Susanne Krone und Armin Latendorf

Nachruf

mit dem Ausdruck tiefer Betroffenheit und Trauer muss ich euch leider mitteilen, dass unser aktiver Genosse Lutz Tannhäuser uns für immer verlassen hat. Lutz war ein aktiver Kämpfer, der bis zuletzt mit seinem ganzen Herzblut für unsere gemeinsame Sache gekämpft hat.



Als der Repräsentant der Rosa Luxemburg Stiftung war er uns allen bekannt. Noch vor kurzem war er in Sorge um die zuletzt von ihm organisierten Veranstaltungen und um die Interkulturelle Woche in Wismar.

Er war ein Streiter im wahrsten Sinne des Wortes, immer an der Sache orientiert und engagiert bis zuletzt. Er hinterlässt eine Lücke auch in unserem Leben.

Der Kreisverband Nordwestmecklenburg und auch der Stadtverband Wismar werden Lutz ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Horst Krumpen
Kreisvorsitzender

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:

Karl-Heinz Bethke,
Uwe Boldt, Helga
Brauer, Wolfgang
Griese, Peter Vorbau
u. Frank Wuttke



Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 26.01.2018



Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Partei DIE LINKE wurden Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes für ihre aktive Arbeit mit einer Ehrenurkunde geehrt.

(Fortsetzung von Seite 1)

tung der Kommunen und der jeweiligen Kreisumlage, flächendeckender Kreis-übergreifender Personennahverkehr, der weitere Umgang mit den erneuerbaren Energien, insbesondere die einheitliche Regelung der ausreichenden Abstände der Windkraftanlagen von der Wohnbebauung.

Es wurde in der Diskussion mehr-

fach betont, dass unser Selbstverständnis und somit auch unsere Programme nicht mehr im Kern ein Handeln für die Bürger sondern ein Handeln mit den Bürgern zum Ausdruck bringen sollen. Die Interessen und Ziele der Bürger müssen sich bei unseren Schwerpunktsetzungen wiederfinden.

Neben dieser inhaltlich anspruchsvollen Diskussion über die künftige Arbeitsweise in unserer Partei

wurden Mitglieder des Landesauschusses und deren Stellvertreter gewählt. Der Kreisparteitag beschloss eine Aufforderung an Frau Strenz, CDU-Bundestagsabgeordnete, die Vorwürfe im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Geld aus Aserbaidschan aufzuklären. Ein weitere Beschluss unterstützt das Ringen der Kreisfraktion um einen Verkehrsverbund Nordwestmecklenburg.

LINKE KÜRBISKERNSUPPE

200 Euro Spende für den Schulförderverein der Pestalozzi Förderschule Gadebusch



Von Thomas Konieczny

Auch in diesem Jahr, einer kleinen Tradition folgend, beteiligte sich die Gadebuscher LINKE zum nunmehr vierten Mal mit einem eigenen Stand an dem Gadebuscher Herbstmarkt. Erstmals hatten wir auch eine leckere Kürbiskernsuppe im Angebot. Gegen eine kleine Spende wurde das von den Mitgliedern bereitgestellte Obst, Gemüse, Pflanzen und viele Gartenkräuter an die Besucher abgegeben. Insgesamt konnten wir knapp ca. 200 € einnehmen und diesmal spendeten wir das Geld dem Schulförderverein der Pestalozzi Förderschule Gadebusch. Die Schulleiterin Frau Krause und Herr Daschke,

Schulsozialarbeiter und Vorsitzender des Schulfördervereins, nahmen die Geldspende entgegen. Der Schulförderverein weiß auch schon, wofür das Geld verwendet wird. Es soll als Eigenanteil zum



Aufbaukurs des Sicherheitstrainings für die Klassenstufen 6 und 7, das vom Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung angeboten und durchgeführt wird, eingesetzt werden.



Die LINKE. und der Verkehr

Ein Bericht von der Fraktionsvorsitzenden Christa Hagemann aus der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar

Der ruhende und mehr oder weniger fließende Verkehr beschäftigt die Gemüter und die Bürgerschaft der Hansestadt seit mehreren Jahren. Und die Fraktion die LINKE. in der Hansestadt waren schon 2002 Verfechter für ein Parkraumentwicklungskonzept.

Heißt das jetzt, dass wir mehr der dringend benötigten Parkplätze in der Altstadt schaffen können. Eher nicht, eine im Mittelalter konzipierte Stadt, die heute Weltkulturerbe ist, kann nicht unbegrenzt für jeden seinen, aber vielleicht mit mehr Ordnung und weniger Suchverkehr, einen Parkplatz schaffen. Sicher ist, der große Wurf wird uns nur mit mehr Einsicht und Rücksicht auch nicht gelingen. Parkhäuser in der Nähe (am Alten Hafen) und in der Innenstadt (Mecklenburger Straße) bringen eine Entlastung und den Effekt, den Alten Hafen weiter zu gestalten.

Wenn aber immer wieder versucht



wird, durch Anträge einzelne Teile des Konzeptes (z.B. Brötchentaste, Parken für Motoradfahrer auf dem Marktplatz, Änderung einzelner Abschnitte für Anwohnerparken usw.) herauszulösen, funktioniert die Gesamtheit nicht mehr.

Wenn durch die Stadtverwaltung Einzelne durch Reservierungen bevorzugt werden, ist das nicht gerecht. Die Fraktion stellte den Antrag, diese Reservierungen für Markthändler auf dem einzigen kostenfreien Parkplatz in der Nähe der Altstadt wieder aufzuheben. Wir möchten da richtig verstanden werden: das war kein Antrag gegen die Markthändler, sondern ein

Antrag für alle Beschäftigten in der Innenstadt. Arbeitnehmer der Pflegeheime, der Banken und der vielen Einzelhändler bekommen auch keine reservierten Plätze. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen.

Solange der Nahverkehr in Wismar weder in Linienführung noch im Fahrpreis zu einer verstärkten Nutzung führt, müssen viele auf das Fahrrad umsteigen. Eine Fahrradstadt ist Wismar noch lange nicht.

Nun sind die Wismarer und ihre Gäste mehr schlecht als recht durch den Baustellensommer ge-

kommen, aber wir werden uns da in Geduld üben müssen. Die Unterführung in der Poeler Straße (Foto: wer dort einmal gestanden hat und auf die rangierenden Züge warten musste, kam schon mal in zeitliche Schwierigkeiten) ist ein Projekt, das mit der Bahn gut koordiniert werden muss. Auch die Hochbrücke in Zusammenarbeit mit dem Land wird noch einige Ansprüche an uns stellen. Eine neue Zufahrt zur Werft, in Erwartung neuer Einpendler und großer Transporte, muss zur Entlastung der Hauptverkehrsader der Lübschen Straße führen. Die Wasserwege zum Hafen und zur Werft, das heißt die Fahrrinnenvertiefung, sind vorrangig genau für diese notwendig und nicht, wie oft behauptet, für die Kreuzfahrtschiffe.

Er gilt also weiterhin, der §1 der StVO: „Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme.“

SPD nur für Sozialtarif light

Die gute Nachricht vornweg, der Kreis Nordwestmecklenburg hat ein neues Tarifkonzept mit Zonentarifen. Dadurch werden die Kurzstreckentarife wieder etwas günstiger und es gibt sogar einen Sozialtarif.

Aber da beginnen auch schon die schlechten Botschaften: Dieser Sozialtarif ist den Namen kaum wert. Es ist nur ein Sozialtarif light. Er gilt nur für die Monatskarten und bedeutet dort eine Einsparung gegenüber dem Normaltarif von 20%. Die 40 Euro für diese „Monatskarte Sozialtarif“ übersteigen die im Hartz IV-Regelsatz vorgesehenen Ausgaben für Verkehr deutlich.

Er richtet sich – der Logik der Kreisverwaltung folgend – an „Aufstocker“, die täglich zur Arbeit fahren und den Bus nutzen. Menschen also, die so wenig mit ihrer Arbeit verdienen, dass es zum Leben nicht reicht. Für sie bleibt diese Karte zu teuer.

Und was ist mit allen anderen Empfänger*innen von Hartz IV oder Sozialhilfe? Da kann man nicht davon ausgehen, dass der Örtliche Personennahverkehr

(ÖPNV) täglich in Anspruch genommen werden muss. Dennoch fallen Fahrten zu Ärzten oder zum Einkaufen an. Reflexartig kam der Hinweis, dass Behördenfahrten ja für diese Personengruppe kostenfrei sind. Doch dies gilt ausdrücklich nur für solche Fahrten!



Da kommen wir zum „Totschlagargument“: unberechenbare hohe Kosten. Wir warten schon seit mindestens zwei Jahren auf belastbare Planzahlen zu diesem Thema: Wie viele Leistungsempfänger*innen nach SGB II, SGB XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gibt es in Nordwestmecklenburg und wie oft würden sie den ÖPNV mit einem Sozialtarif nutzen. Das kann an-

geblich niemand sagen.

Von daher haben wir auch im Oktober-Kreistag erneut gesagt, wir gehen davon aus, dass bei vernünftigen Sozialtarifen mehr Leute in den Bus steigen und dies sogar für mehr Einnahmen sorgt. Fahren tut der Bus vermutlich eh und jeder weitere zahlende Fahrgast ist gut für Nahbus.

Wir forderten in einem Änderungsantrag den Sozialtarif auch auf die Einzelfahrscheine auszuweiten. CDU und SPD machten keinen Hehl daraus, dass sie dies grundsätzlich ablehnen. Das kann man sicher von der CDU erwarten aber bei der SPD-Fraktion hat mich diese deutliche Aussage schon erstaunt.

Aber mal schauen, wie standhaft die SPD nun auf Bundesebene bleibt und die gleiche Konsequenz auf Landes- und auch kommunale Ebene durchschlägt. Vielleicht folgt ja auf den Sozialtarif light bald auch eine SPD light ...

Von Björn Griese
Fraktionsvorsitzender

Wir sind traurig

wir müssen Abschied nehmen von unserem Genossen

Gottfried Schiller

der am 23.11.2017 verstorben ist.

Gottfried war einer der aktivsten Genossen unseres Kreisverbandes, ob in seiner langjährigen Tätigkeit als Kreisgeschäftsführer oder als Mitglied des BO Vorstandes Grevesmühlen und als unermüdlicher Wahlkämpfer.

Er hat stets, auch in schwierigen Zeiten, zu seinen Überzeugungen gestanden und sich damit große Achtung, auch außerhalb unserer Partei, erworben.

In unserer BO war er bei vielen Aktionen der Motor und hat es verstanden, uns mitzureißen.

Noch bei der kürzlich stattgefundenen Bundestagswahl war er, trotz angegriffener Gesundheit, aktiv bei der Verteilung der Wahlmaterialien und bei Gesprächen am Info-Stand.

Wir verlieren mit Gottfried nicht nur ein wertvolles Parteimitglied sondern auch einen guten Freund und einen ehrlichen Gesprächspartner.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

BO Grevesmühlen

Beschluss

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, 1. Tagung, 6. Landesparteitag, 18./19.11.2017, HKB Neubrandenburg:

Umsetzung des Teilhabekonzeptes der Partei DIE LINKE. im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Im März 2014 hat der Bundesvorstand der Partei DIE LINKE ein „Konzept zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Partei DIE LINKE“ beschlossen. Dieses Konzept gilt seit 2014 für die Bundespartei und seit 2015 auch für alle Landesverbände der Partei.

Der Landesparteitag bekräftigt, dass DIE LINKE. M-V dieses Konzept weiter umsetzen wird.

Insbesondere bemüht sich DIE LINKE.M-V um die schnelle Umsetzung folgender Punkte:

1. Die Landesgeschäftsstelle sendet allen Kreisverbänden das vom Parteivorstand beschlossene Teilhabekonzept nochmals zu und fordert sie zu dessen weiteren Umsetzung auf. Alle Kreisgeschäftsstellen, Geschäftsstellen der Fraktionen und Wahlkreisbüros der Abgeordneten werden sukzessive barrierefrei eingerichtet bzw. werden perspektivisch in neue barrierefreie Räumlichkeiten umziehen.

2. Im Vorfeld zu den Veranstaltungen des Landesverbandes wird der Unterstützungsbedarf der Teilnehmer innen (Assistenzbedarf, Gehörschleife, Gebärdendolmetscher etc.) abgefragt und nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt.

3. Die Räumlichkeiten für die Veranstaltungen werden so ausgewählt, dass sie so wenig Barrieren wie möglich aufweisen. Das bedeutet unter anderem die Berücksichtigung einer großzügigen Sitzverteilung, das Vorhandensein einer barrierefreien Toilette und eines stufenlos zugänglichen Podiums sowie die Bereitstellung barrierefreier Arbeitsmaterialien. Es werden ausreichende Pausen eingeräumt. Auf Landesparteitagen sollen künftig die Reden durch Gebärdensprachdolmetscher innen übersetzt werden.

4. Die Internetseite des Landesverbandes wird mit Hilfe des Linken CMS barrierefrei gestaltet.

5. Der Landesvorstand beschließt einen Maßnahmenplan zur Umsetzung dieses Beschlusses und prüft ein notwendiges Budget.

Erfahrungsaustausch – die billigste Investition

Die Mitgliederversammlung des Beirates für Menschen mit Behinderung unseres Landkreises fand am 24.10.2017 in einem veränderten, größeren Rahmen statt.

Wir tagten in den Räumen des Landtages im Schweriner Schloss. Im Schloss, um den gerade fertiggestellten neuen Plenarsaal zu besichtigen und dessen bauliche Barrierefreiheit zu testen. Bereits in der Planungsphase und auch während der Bauausführung waren Mitglieder unseres Beirates beratend tätig und gaben Hinweise zur Sicherung der Barrierefreiheit dieses 30 Mio. € teuren Tagungs- u. Repräsentativobjektes der Abgeordneten des Landtages M-V. 7 Mitglieder des Behindertenbeirates LK Rostock und die Beiratsvorsitzende der Stadt Schwerin nahmen im Rahmen eines Erfahrungsaustausches an unserer MV teil.

Gemeinsam stellten wir bei der Besichtigung des neuen Plenarsaals fest, dass die Barrierefreiheit in einigen Punkten trotz der gegebenen Hinweise nicht ausreichend umgesetzt wurde. Die Eingangstüren aus Glas haben keine kontrastierenden Markierungen – eine Gefahr für Sehbehinderte. Die Stufen der höhengestaffelten Sitzebenen der Abgeordneten stellen auch für nichtbehinderte Menschen eine Stolpergefahr dar. Die meisten Kritikpunkte lassen sich jedoch mit geringem Aufwand

korrigieren.

Als Gastredner informierte uns der neue Leiter des Polizeihauptreviers Wismar, Herr Dr. A. Walus, zu den Schwerpunkten der Polizeiarbeit im Großraum Wismar und den besonderen Belangen der Menschen mit Behinderungen. Ein solches Herangehen, die Polizeiarbeit in enger und vertrauensvoller



Landrätin Kerstin Weiss (l.), Sozialministerin Stefanie Drese und Kreistagspräsident Klaus Becker zeichnen Wolfgang Griese (2.v.r.) mit der Ehrennadel des Landkreises aus.

Verbindung mit der Bevölkerung zu gestalten, war für mich völlig neu. Dr. Walus stellte sich in fast allen Vereinen, Verbänden u. Organisationen persönlich vor. Klasse, nach dem Motto: „Die Polizei – Dein Freund u. Helfer“. Konsequenz aus unserer Zusammenkunft war, dass der Wismarer Polizeichef 2 Tage später angewiesen hatte, dass der POK A. Gieseler ab sofort als Ansprechpartner des PHR Wismar für Menschen mit Behinderung zuständig sein wird.

Gastgeber unserer MV war der Vorsitzende des Sozialausschusses des LT, Herr Torsten Kopplin (DIE LINKE), der in seinem Bericht zu den noch vorhandenen Lücken bei der Umsetzung der Inklusion u. der Behindertenpolitik, zum Bundesteilhabegesetz, zur weiteren Finanzierung der Pflegestützpunkte u. zur Zukunft der Pflege überhaupt, der Mitmachzentralen und zum flächendeckenden Breitbandausbau sprach.

Schließlich sprach der Bürgerbeauftragte des Landes M-V, Herr M. Crone, das Problem der Barrierefreiheit in Bestandswohnungen, Diskrepanzen mit dem

ÖPNV u. der Bahn hinsichtlich der Mitnahme von E-Skootern behinderter Bürger u. das Verhältnis von Pflege zur Eingliederung an und forderte vom Land u. den Kreisen eine einheitliche Rechtsanwendung u. deren zügige Umsetzung, sowie eine uneingeschränkte Beratungsvielfalt (z. B. das Beratungsnetzwerk „Initiative M-V barrierefrei“).

*Wolfgang Griese
Vorsitzender Beirat f. Menschen
m. Behinderung des LK NWM*

Aus unserem westlichen Nachbarkreis Die LINKE Lübeck im Aufwind

Die Linke Lübeck hat bei der Bundestagswahl 9,7% der Stimmen in Lübeck erreicht. In dem Wahlkreis „Innenstadt“, in dem „Die Linke“ auch ihr Büro hat, erkämpfte man sogar 18,1, % (2013: 9,9%)!!!

Damit wurde eine zweites Bundestagsmandat für Schleswig-Holstein möglich. In den letzten zwei Jahren hat sich Mitgliederzahl in Lübeck von 164 auf 193 vergrößert. Erstmals wurde 2017 ein Ostermarsch in Lübeck durchgeführt, an dem die Linke aktiv teilnahm. Ein besonderer Höhepunkt war der von Katjana organisierte Frauenmarsch. Es wurden viele neue Kontakte geknüpft.

Bei der anstehenden Bürgermeisterwahl unterstützt DIE LINKE die Kultursenatorin Katrin Weiher. Es wurde begrüßt, dass Dietmar Bartsch in Lübeck aktiv in den



Der gesamte neue Vorstand: von links: Peter Bochynski, Yvonne Küntzel, Andreas Möller, Susanne Pich-Lipinski, Sebastian Ising, Sarah Abromeit, Katjana Zunft, Ragner Lüttke (Schatzmeister), Ute Abromeit, der Schriftführer Florian Reinhard wurde in Abwesenheit gewählt.

Wahlkampf eintrat.

Dass Simone Oldenburg aus Nordwestmecklenburg zur Fraktionsvorsitzenden der Linken im Schweriner Landtag gewählt wur-

de, wurde beifällig aufgenommen. Die Zusammenarbeit unserer Nachbar-Kreise sollte verstärkt weiter geführt werden.

Von Günther Bruns, Herrnburg

Wieder im Blickfeld: der Osten u. strukturschwache Regionen im Westen

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 24. September ist ein zweischneidiges. Es gibt für DIE LINKE nach dem zweitbesten Bundestagswahlergebnis unserer Partei in der Geschichte allen Grund, stolz zu sein. Wir haben im Vergleich zur Wahl 2013 mehr als eine halbe Million Wählerinnen und Wähler dazugewinnen können, haben jetzt 5 Abgeordnete mehr. Das ist ermutigend. Auf der anderen Seite hat sich der seit längerem währende gesellschaftliche Rechtsruck auch parlamentarisch in der hohen Zahl der Mandate für eine rechts-populistische Partei niedergeschlagen, die nunmehr als sechste Fraktion in den Bundestag eingezogen ist. Das Parteigefüge insgesamt hat sich zuungunsten der politischen Linken verschoben. Das gibt Anlass zur Sorge.

Die politischen Herausforderungen für die Linksfraktion im Deutschen Bundestag sind somit nicht geringer geworden. Es wird für die strategische Aufstellung von zentraler Bedeutung sein, dass wir die notwendigen Debatten nicht in Form innerparteilicher oder innerfraktioneller Deutungskämpfe um das Wahlergebnis und auch nicht durch internes Macht- und Posten-

gerangel führen. Die Eröffnungsklausur war in ihrer öffentlichen Wirkung negativ, manche Konflikte müssen aber auch ausgetragen werden. Die Bundestagsfraktion hat Entscheidungen getroffen und es geht an die Arbeit. Erfolgreiche linke Politik im Deutschen Bundestag bedarf unter den neuen Bedingungen einer deutlich gestärkten Kollektivität im Vorgehen. Wir müssen die gesellschaftlich prägenden Konflikte zum Thema machen, dabei auf progressive Art und Weise Partei für die Schwachen ergreifen und parlamentarisch unterfüttern.

Unser Wahlerfolg konnte vor allem dadurch erreicht werden, dass DIE LINKE ihre soziale Kompetenz in der Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler ausbauen konnte. Die zentralen politischen Handlungsfelder ergeben sich daher fast von selbst. Wir werden dem Kampf um höhere Löhne, um eine bessere Familienpolitik und Alterssicherung, aber auch für eine menschenwürdige Pflege, für ein gerechtes Steuersystem und gegen die sich massiv ausweitende Armut, in besonderer Weise der Kinderarmut weiterhin unsere ganze Aufmerksamkeit

widmen. Wir setzen uns weiter für einen sozial-ökologischen Umbau ein und werden sehr genau darauf achten, wieviel Grün am Ende in der Schwarzen Ampel steckt, die landläufig als Jamaika daherkommt. Den Kampf gegen alte und neue Nazis, auf der Straße wie im Parlament, müssen wir noch energischer führen. Der „Kulturkampf der Rechten“ ist mit den Bundestagswahlen nicht beendet, sondern wird nun auch von der Tribüne des Bundestages verstärkt geführt werden. In dieser Auseinandersetzung besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Linken darin, die Interessen von

Sozialstaat statt Aufrüstung einzufordern.

Und, weil es mir ein besonderes Anliegen ist: Wir werden wieder verstärkt den Osten, neben den strukturschwachen Regionen im Westen, in den Blick nehmen. Mit der Diskriminierung bei Löhnen und Renten in den ostdeutschen Bundesländern werden wir uns nicht abfinden. Wir brauchen einen Ausbau der Strukturhilfen für Regionen, die wirtschaftlich und sozial abgehängt sind. Es bleibt also viel zu tun, gehen wir es an.

Dietmar Bartsch



©DBT/Inga Haar

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von sozial an den Rand gedrängten Schichten so wahrzunehmen, dass diese Bevölkerungsmehrheit nicht in wachsenden Teilen rechten oder extrem rechten Ideologien folgt.

Eine friedliche und gerechte Außenpolitik auf Augenhöhe, das Verbot von Rüstungsexporten und die Ablehnung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr bleiben selbstverständlich auf unserer Agenda. Wir werden von der Bundesregierung erkennbar mehr

Der Weihnachtsmann und die Sozialdemokratie

oder wieviel Sozialdemokrat steckt im Weihnachtsmann

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Zeit der Aufstellung des Doppelhaushaltes gekommen. Der Euro rollt, aber nur dahin, wohin ihn die Koalition rollen lassen möchte. SPD und CDU kleckern, statt zu klotzen. Sie verharren in Ankündigungen, Versprechungen, die irgendwann, nur nicht demnächst das Licht der Welt erblicken sollen. Der Finanzminister ist knauserig und sitzt auf dem Geld, statt es für kostenlose Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, für mehr Ärztinnen und Ärzte... auszugeben.

Wir fordern stattdessen: Mehr Unterricht in der Grundschule; flächendeckende Schulsozialarbeit; sämtliche Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung auch tatsächlich für bezahlbaren Wohnraum auszugeben; ein Gemeindearbeiterprogramm für Langzeitarbeitslose; kostenfreie Fahr für Schüler und Auszubildende...

Wenn wir aber für die kostenfreie

Kita streiten, dann nennt das der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Krüger, dass wir einen Wunschzettel für den Weihnachtsmann geschrieben hätten. Weiter sagt Herr Krüger, ich zitiere:

„Ich erinnere Frau Oldenburg und Frau Rösler daran, dass noch fast 10 Milliarden Euro Schulden den Haushalt belasten... Eine Zinserhöhung um nur ein Prozent würde das Land 100 Millionen Euro jährlich kosten. Und die Zinserhöhung wird kommen – der Weihnachtsmann nicht.“

„So, Herr Krüger, das hat geses-sen: Der Weihnachtsmann kommt nicht.“

Den gibt es also gar nicht. Kostenlose Kita ist demnach etwas für den Weihnachtsmann – der, wie wir jetzt erfahren mussten, nicht kommt.“

Für die Nichtexistenz des Weihnachtsmannes würden die Wünsche der CDU sprechen, denn die forderte 2006 erstmals eine kos-

tenfreie Kita für Mecklenburg-Vorpommern. **Nach 11 Jahren ist noch nichts passiert. Daraus kann man nur schließen, dass Herr Krüger Recht hat.** Aber wenn die SPD genau weiß, dass es den Weih-

von Simone Oldenburg

nachtsmann nicht gibt, warum wünscht sie sich jedes Jahr mehrmals und immer wieder eine kostenfreie Kita von ihm? **Gibt es denn eigentlich den „Heiligen Martin“?** Bis vor wenigen Wochen tingelte Herr Schulz durch die Republik und versprach – ich zitiere:

„Wir wollen jedem Kind die Türen zu guter Bildung öffnen. Weder Geld noch Herkunft dürfen eine Rolle spielen. Deshalb machen wir Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung.“ (EdZ)

So, das ist es wieder - dieses Wunschdenken von einer kostenlosen Kita.

Lieber guter Weihnachtsmann, erinnere die Koalition jeden Tag an ihre zahlreichen Versprechen.

Wir streiten weiter für ein sozial gerechtes Leben.

Frohes Fest.



**Liebe Genossinnen
und Genossen,**

ein spannendes Jahr liegt fast schon hinter uns und wer weiß, ein vielleicht noch spannenderes, vor uns. Nachdem die sogenannten Sondierungsgespräche der Schwarzen Ampel durch die Neoliberale Partei beendet wurden, stehen wir mit einer geschäftsführenden Bundesregierung da. Die nächsten Wochen werden zeigen, in welche Richtung es geht. Neuwahlen, Minderheitsregierung oder doch noch eine Koalition, an die noch niemand denkt?

Manch einer fordert jetzt auch bei uns schnelle Neuwahlen, doch ich gebe ein altes Sprichwort zum Nachdenken mit auf den Weg: „Wer die Welt in Ordnung bringen will, gehe zuerst dreimal durchs eigene Haus.“ (Chinesisches Sprichwort). Ich meine, wer Neuwahlen fordert und andere Ergebnisse erwartet, der muss auch bereit sein, ein vielleicht verändertes Angebot zu machen. Wie sollen sonst andere Ergebnisse erreicht werden?

Wir werden sicher in den nächsten Wochen und Monaten Antworten bekommen und auch daran mitarbeiten. Für das zu Ende gehende Jahr bedanke ich mich von ganzem Herzen für eure tolle Unterstützung im Wahlkampf und eure unermüdliche Arbeit vor Ort. Nutzt die anstehenden Wochen und Feiertage um inne zu halten, nachzudenken, euch zu besinnen und im Kreis eurer Freunde und Familien neue Kraft zu tanken. Denn egal was kommt im nächsten Jahr, es wird jede Hand und jeder Kopf gebraucht, wenn wir ein soziales Land wollen und wenn wir dafür wieder gemeinsam auch in 2018 kämpfen, brauchen wir alle Kräfte.

In diesem Sinne wünsche ich im Namen des Kreisvorstandes euch und euren Lieben eine gute Zeit und erholsame Feiertage.

Euer Horst Krumpen

Friedenspolitik global**Was muss von einer neuen Bundesregierung erwartet werden?**

Erwartungen, dass sich eine neue deutsche Regierung für eine friedlichere Welt einsetzen wird, dürften wohl leider Illusion bleiben. Bereits aus dem Wahlkampf wurden die Fragen von Krieg und Frieden herausgehalten. Einzig durch DIE LINKE wurden sie angesprochen.

Die Zusammensetzung einer neuen Regierung wird die Grundlagen der Politik nicht ändern. Diese werden bekanntlich durch die Herrschenden bestimmt. Vertreter aller Bundestagsparteien, außer der Linken, hatten bereits ein Strategiepapier „Neue Macht. Neue Verantwortung“ ausgearbeitet, welches das aktuelle Denken der Herrschenden der BRD widerspiegelt. Darin wird festgestellt: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“

auch umgesetzt, nicht aus Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerrecht ergeben, das dem Frieden verpflichtet ist. Die Überlegungen der deutschen Generalität brachte General Naumann u. a. so zum Ausdruck: „Nationales Interesse ist grundsätzlich weiter gefasst als Schutz der Bevölkerung und des eigenen Staatsgebietes“.

Der Einsatz der Bundeswehr wurde zu einem dauerhaften und langjährigen, zu einem ständigen Engagement im Ausland. Sie „verteidigt die Sicherheit“ der BRD am Hindukusch, ist vor der Küste Libanons, Syriens und am Horn von Afrika und in Afrika im Einsatz.

Die deutsche Außenpolitik soll den Anspruch Deutschlands als internationale „Ordnungs- und Gestaltungsmacht“ durchsetzen. So wird die neue Regierung Deutschlands die Projekte von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron für eine gemeinsame EU-Eingreiftruppe, einen gemeinsamen EU-Wehretat und eine gemeinsame EU - Militärdoktrin unterstützen. Notwendig wäre allerdings, dass Deutschland Verantwortung für mehr Frieden in der Welt übernehmen würde.

dem auch die sinnlosen Ausgaben für immer mehr Rüstung stoppen.

Dann brauchten in Deutschland nicht 3 Millionen Kinder in Armut leben, könnten Pflegekräfte und andere Niedriglohnempfänger ordentlich bezahlt und Schulen und Krankenhäuser saniert werden. Es würde vielen Deutschen und Nichtdeutschen auch einen Teil ihrer Ängste nehmen. Wirklich etwas für den Frieden zu tun, würde als erste Schritte bedeuten, deutsche Auslandseinsätze zu beenden, Waffenexporte zuerst in Spannungsgebiete zu stoppen und im eigenen Land die Rüstungsausgaben zu senken.

Die ungeheure Verschwendung wirtschaftlicher und finanzieller Ressourcen für die Rüstung geißelte nicht nur E. von Rotterdam vor Jahrhunderten, sondern auch der ehemalige US-Präsident Eisenhower und sogar der Begründer des Kalten Krieges Churchill, wenn auch erst kurz vor seinem Tod.

Leider fehlt es auch in Deutschland am politischen Willen diesen Irrsinn zu stoppen. Die Grünen haben bisher allen militärischen Einsätzen zugestimmt und eher gedrängt, wenn die CDU mal zögerlich war.

Für die Linke bleibt es eine vorrangige Aufgabe die Zusammenhänge von Krieg, Aufrüstung, Sozialabbau und Flüchtlingsproblematik immer wieder energisch zu thematisieren.

Horst Neumann

Stiftung Wissenschaft und Politik / German Marshall Fund of the United States: Neue Macht – Neue Verantwortung

„Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, mit militärischen.“

Die neue Verantwortung wurde bisher nur militärisch definiert und

Das könnte nicht nur die Flüchtlingsströme stark reduzieren, son-

1.000 € für Kinder und Jugendliche in Not

Mein Lauf über 80 km hat Dank der Unterstützer, zu denen auch Simone Oldenburg, Karen Larisch, Jacqueline Bernhardt, der Kreisverband Ludwigslust Parchim und der KV Landkreis Rostock sowie die Kandidatin Susanne Krone und Klaus Eisenkrätzer gehörten, insgesamt 1.000 € für Kinder und Jugendliche in Not gebracht. Ich danke allen UnterstützerInnen von Herzen!

Der nächste Wahlkampf kommt bestimmt will sagen die nächste Aktion für mehr Soziale Gerechtigkeit!

Horst Krumpen



Am 6. Oktober 11 Uhr Spendenübergabe an das Kinder und Jugendhilfenzentrum Käthe – Kollwitz in Rehna.



Zeichen setzen zum Weltfriedenstag

Von Ute Spriewald, BO Warin

Auch in diesem Jahr setzten sportbegeisterte LINKE der Landkreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg mit dem Friedenslauf ein Zeichen anlässlich des Weltfriedenstages. Am vergangenen Sonnabend mahnte der Direktkandidat für den Wahlkreis 13, Horst Krumpen, dass Rüstungsausgaben nicht weiter erhöht und Waffenexporte gestoppt werden müssen. Frieden ist für viele Menschen in der Welt ein unerfüllter Wunsch. Wir Linken sind und bleiben die einzige Friedenspartei. Mit bewegten Worten erinnerte er daran, dass Millionen Menschen vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht sind, monatelange Odysseen ertragen müssen und in eine ungewisse Zukunft gehen. Tausende kamen dabei ums Leben, und das Sterben geht weiter. Die Fluchtursachen müssen angegangen werden und Zukunft wieder aufgebaut werden. Dafür, nicht für Waffen, wird Geld ge-



braucht. Zudem provozieren die USA und Nordkorea und gefährden zusätzlich den Weltfrieden.

Aus dem Kreisverband NWM liefen Horst Krumpen, Andreas Spriewald und KGF Mario Mennzer mit und schlugen sich wacker. Nachdem Horst 37 Kilometer gelaufen ist, stieg er noch aufs Fahrrad und lief dann wieder durch Parchim bis zur Weststadt, wo ein Kinderfest der Linken begann. Selbst Starkregen hielt keinen der Teilnehmenden auf. Die

Kondition stimmt, das Durchhaltevermögen ist enorm. Nun geht es mit Biss und Zähigkeit in den Wahlkampfsprint. Allen hat es wieder viel Spaß gemacht und alle wollen für den Frieden auch im kommenden Jahr wieder teilnehmen. Wie immer waren der Lauf und die Versorgung von Rainer Reschke, Klaus Eisenkrätzer und weiteren Mitstreitern sehr gut organisiert.

Danke dafür!

Horst Krumpen ist Bürgermeisterkandidat



Auf der Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Wismar wurde Horst Krumpen mit 100% Zustimmung zum Kandidaten für die Bürgermeisterwahl im April 2018 gewählt.

Er konnte den Anwesenden überzeugend erste Gedanken für die Motive seiner Kandidatur nahe bringen und deutlich machen, dass in der gut organisierten Kommunalverwaltung beispielsweise der Dienstleistungsgedanke für die Bürger, weiter ausgebaut werden sollte. (Mehr auf der Homepage)

Gesagt, organisiert und in die Tat umgesetzt!

Seit 2 Jahren wohne ich jetzt in Wismar und bin dabei, mich in den Stadtverband Wismar zu integrieren. Ich bin nämlich der Meinung, dass man sich auch engagieren kann, ohne ein gewähltes Amt inne zu haben, das habe ich mir nun mal in den Kopf gesetzt.

So bin ich auch bei einigen Infoständen, beim Plakate kleben zum Einsatz gekommen, habe Veranstaltungen und Versammlungen besucht (soweit es meine Arbeit zuließ).

Ich musste jedoch feststellen, dass die Partearbeit an und mit der Basis hier in Wismar nicht ausreichend oder etwas eingeschlafen ist. Ich würde es gut finden, wenn wir es schaffen, uns wenigstens einmal im Quartal im Rahmen einer BO Versammlung oder einer gesamten Stadtverbandsversammlung zu treffen und auszutauschen. Ich bin gern bereit mitzuarbeiten und bringe mich gerne aktiv in der Mitgliederbetreuung und Organisation von Veranstaltungen u.a., ein.

Auf diesem Gebiet konnte ich bereits einige Erfahrungen im Bezirksverband Hamburg-Bergedorf sammeln und möchte



diese gerne in Wismar zum Einsatz bringen.

Darum war ich gleich Feuer und Flamme, als Harald Kothe bei einer Versammlung sagte:

„Wir müssen die Mitglieder auch mal zu einer Veranstaltung außerhalb des Büros zusammenholen, z.B. zu einem Grillfest.“

GESAGT - ORGANISIERT - IN DIE TAT UMGESETZT !

Bei der Organisation- speziell bei der Anmeldung- bin ich dann auf einige, für mich unerwartete Schwierigkeiten gestoßen, die ich so aus Bergedorf nicht kannte, z.B. eine maßstabgetreue Zeichnung von den Sachen, die wir aufstellen wollten – Grill, Zelt, Fahne, Bän-

ke. Aber nichts desto trotz haben wir es gemeinsam geschafft dieses Grillfest zu organisieren und stattfinden zu lassen.

Dank der Hilfe von Harald = Grillmeister, Mario= Auf- und Abbauer, Bänke und Tische wurden von 2 Genossen an- und abgeliefert, Einige sind meiner Bitte nachgekommen und haben Kaffee und Kuchen mitgebracht. SUPER ! Dankeschön an alle fleißigen Helfer.

Auch das gehört in meinen Augen zur Partearbeit, ich finde es sehr wichtig gemeinsam etwas zu veranstalten. Das Feedback der Genossinnen und Genossen hat mir gezeigt, dass sie es gut fanden,

sich mal wieder zu sehen und Gedanken auszutauschen und es ermutigt mich, weiter mitzuarbeiten, denn ich wurde gebeten : MEHR DAVON! Gerne, aber wir müssen es schaffen, mehr Genossinnen und Genossen zu aktivieren, um den Zusammenhalt und damit auch die Außenwirksamkeit des Stadtverbandes Wismar zu verbessern.

Auf jeden Fall werde ich die Idee vom Mario aufgreifen und Anfang Dezember ein gemeinsames vorweihnachtliches Treffen im Büro organisieren. Helfer sehr willkommen !



In diesem Sinne – laden wir jetzt schon alle Mitglieder herzlich dazu ein (genauer Termin folgt).

Bericht und Fotos von Sabine Wollny

Vor 100 Jahren veränderte sich die Welt



Von Karl-Heinz Bethke

Sommer 2017. Eine Urlaubsreise nach St. Petersburg, der Stadt der weißen Nächte, der Stadt in der die größte revolutionäre Umgestaltung im vergangenen 20. Jahrhundert begann.

Wir hatten ein anspruchsvolles Programm. Jeden Tag sahen wir Prunkbauten und Sammlungen russischer Zaren und der russischen Kirche und am Ufer der Newa liegend, in einem überraschend guten Zustand, den Panzerkreuzer Aurora. Für mich war er von besonderem Interesse. Ging doch von diesem Schiff das Signal für den Sturm auf das Winterpalais, dem Sitz der provisorischen Regierung am 7./8.11. 1917 im ehemaligen Petrograd, nach dem damals gültigen russischen julianischen Kalender der 25./26. Oktober, aus. Nur ein kleiner Teil der Geschichtsschreibung auf der Aurora erinnerte noch an diese historischen Tage.

Wenn man aber vorher den Zarenprunk erlebte, die vielen Schlösser in St. Petersburg sah und dann vernahm unter welchen Bedingungen die Arbeiter und Bauern lebten, kann man den Willen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im russischen Reich des Jahres 1917 verstehen. Die unbeugsame Härte und Grausamkeit der Zarenfamilie wird heute von vielen Medien herunter gespielt. Seit 1914 tobte der 1. Weltkrieg mit Russland als einem der Hauptakteure. Durch die Schwerpunktsetzung auf die Agrarwirtschaft in dem Jahrhundert davor, fiel es Russland schwer, den Kriegsorderungen gerecht zu werden. Streiks und Hungerrevolten prägten das tägliche Leben. Die Unzufriedenheit aller Bevölkerungsschichten wuchs Anfang 1917 dermaßen an, dass mit der Februarrevolution der Zar Nikolaus II. zum Abdanken gezwungen wurde und eine provisorische Re-

gierung die Macht übernahm. Aber die neue Regierung löste keine der brennenden sozialen und politischen Probleme, den Krieg führte sie weiter. Neben den von den liberalen Duma Parteien gebildeten Regierung entstanden im ganzen Land die von Arbeiter, Bauern und Soldaten gewählten Sowjets mit klarer Zielstellung: Frieden und Landreform. Die Zeit der Doppelherrschaft begann.

Mit der Rückkehr von Lenin im April 1917 aus dem Schweizer Exil nach Russland vergrößerte sich der Einfluss der Bolschewiki auf die Sowjets. Lenins Aprilthesen über die Forderung nach Frieden, Brot und Überwindung des bestehenden Herrschaftssystems fanden in der russischen Bevölkerung großen Anklang. Die Niederlagen der russischen Armee auf den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges und der Putsch von General Kornilow, der nur mit Hilfe der Bolschewiki niedergeschlagen wurde, sowie die weitere Verelendung großer Teile der Bevölkerung führten zu Mehrheiten der Bolschewiki in den Arbeiter- und Soldatenräten. Der Petrograder Sowjet bildete unter Lenins Leitung Anfang Oktober 1917 ein Revolutionäres Militärkomitee, das die Kontakte mit der Garnison der Stadt koordinierte.

Mehrere Versuche der provisorischen Regierung gewaltsam gegen die bolschewistischen Sowjets vorzugehen, blieben erfolglos. Am 25.10.1917 begannen aufständische Truppen wichtige strategische Punkte in Petrograd zu besetzen. Der Panzerkreuzer Aurora gab durch einen weithin hörbaren Schuss das Signal für den Sturm auf den Winterpalast. Die im Winterpalast tagende Regierung erklärte ihren Rückzug. Der gleichzeitig tagende II. Allrussische Sowjetkongress übertrug die Macht auf die russischen Sowjets und bildete mit dem Rat der Volk-

ALLES GUTE ZUM GEBURTSTAG!

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Oktober und November sowie im Dezember 2017 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Hans Eggert zum 93. Geburtstag. Zum 91. Geburtstag gratulieren wir Gunhild Junker und Horst Kleibert. Zum 90. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Grete Müller. Zum 89. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Gerhard Reichelt und zum 88. Geburtstag gratulieren wir Heinz Brumme. Zum 87. Wiegenfest gratulieren wir Horst-Ulrich Kurth und zum 86. gehen alle guten Wünsche an den Gerhard Horn. Zum 85. Geburtstag erhält Waltraud Steigmann die herzlichsten Glückwünsche und zum 84. gratulieren wir Brigitte Wulf und Benno Fahrhöfer. Alle guten Wünsche zum 83. Geburtstag gehen an Eva Mielke und zum 82. gratulieren wir Sonja Bahlk, Joachim Ewald, Ernst-Erich Drews, Dr. Hans-Peter Aurich und

kommissare eine neue Regierung mit Lenin als Vorsitzenden. Die ersten Dekrete über den Frieden, über den Grund und Boden und über die Rechte der Völker Russlands waren politische Meilensteine. Die Oktoberrevolution sicherte die Macht der Bolschewiki in Petrograd und vielen größeren Zentren. Im gesamten Land gab es aber organisierten Widerstand durch antibolschewistische Kräfte mit aktiver Unterstützung ausländischer Mächte.

Der dann bis 1922 andauernde Bürgerkrieg, vielfach in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als roter Terror bezeichnet, brachte weiteres Elend über die russischen Völker. Trotzdem gelang in den folgenden Jahren die politische und wirtschaftliche Stabilisierung. Die Auswirkungen der Revolution waren in vielen Ländern zu spüren. Die sozialistische Idee hatte die Massen ergriffen. Nicht weiter entwickelt wurde die sozialistische Demokratie, die Effektivität der Volkswirtschaften ließ zu wünschen übrig.

Trotzdem! Die Entwicklung in der heutigen Welt zeigt uns immer wieder aufs neue, viele Ideen von Lenin sind aktueller denn je.

Paul Koepe. Auf 81 Lebensjahre blicken Werner Müller und Helmut Oldenburg zurück und den 80. Geburtstag begehen Hildegard Pätzold, Werner Freudenreich und Werner Bandomir. Herzliche Glückwünsche zum 79. Geburtstag erhalten Bruno Neumann und Manfred Bandilla und zum 71. Wiegenfest erhält Karl Gems herzliche Glückwünsche. Zum 70. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Wilfried Lumnitzer und zum 60. gratulieren wir Andreas Spriewald ganz herzlich. Zum 59. Geburtstag wünschen wir Gabriele Sauerbier und Frank Wuttke alles erdenklich Gute. Roland Siegerth erhält herzliche Glückwünsche zum 55. Geburtstag und Sascha Deichgräber gratulieren wir zum 25. Geburtstag.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.



Unser Genosse **Herbert Gärtner**

ist im Alter von 88 Jahren verstorben.

Er war lange Jahre sehr aktiv in unserer Partei und ist auch in schweren Zeiten seiner Überzeugung treu geblieben. Auch in hohem Alter nahm er mit großem Interesse an dem Leben unserer Partei teil und war durch seine Überzeugungskraft Vorbild für viele jüngere Genossen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir haben eine unserer langjährigen Genossinnen verloren.

Luise Schulz

aus der Basisorganisation Grevesmühlen ist im Alter von 91 Jahren verstorben.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.